



Empowerment

RUNDGANG MIT FRANZISKA GIFFEY IM REGENBOGENKIEZ MANEO TRIFFT DIE KÜNFTIGE REGIERENDE BÜRGERMEISTERIN

och vor Weihnachten soll Franziska Giffey zur ersten Regierenden Bürgermeisterin Berlins gewählt werden. Im September war MANEO mit ihr auf einer Tour durch den Regenbogenkiez.

Der Kalender der SPD-Spitzenkandidatin ist so kurz vor der Wahl voll, aber sie macht es möglich: Am 17. September folgt Franziska Giffey der Einladung von MANEO zum Rundgang im Regenbogenkiez.

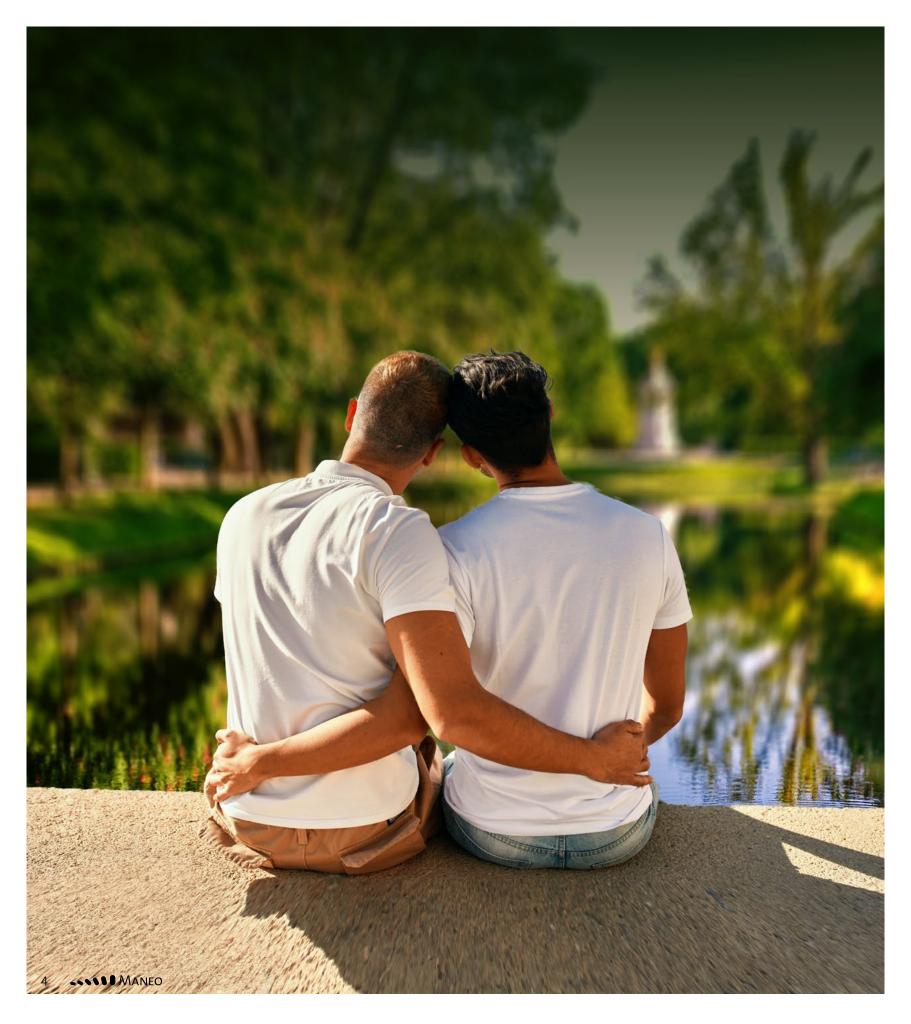
Wir empfangen die ehemalige Neuköllner Bezirksbürgermeisterin und Ex-Familienministerin am Info-Punkt, wo sich Franziska Giffey sehr interessiert an der Arbeit des Teams Nachbürgermeister unter der Leitung von MANEO, vor allem an der geleisteten gewaltpräventiven Arbeit zeigte: Im Regenbogenkiez mit seinen zahlreichen Kneipen und Szeneorten, die auch von vielen Tourist*innen besucht werden, kommt es abends und nachts, aber auch tagsüber, immer wieder zu homo- oder trans*feindlichen Übergriffen, zu Diebstählen und Überfällen. Wir bekommen regelmäßig Feedback von Anwohnenden, die sich erfreut über die Anwesenheit des Teams Nachtbürgermeister zeigen, weil sich ihr Sicherheitsgefühl verbessert hat, seit das vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg organisierte Tiny House Anfang 2020 auf dem Spielplatz in Eisenacher Ecke Fuggerstraße steht und täglich Mitarbeiter*innen des Teams Nachbürgermeister vor Ort sind.

Ziel des Nachbürgermeisters ist es auch, die Bedeutung des Regenbogenkiezes als historischen Ort von LSBT*-Geschichte für Menschen, die hier leben und ihn als Tourist*innen besuchen, sichtbar zu machen und zu fördern. Auf unserem Rundgang mit Franziska Giffey werfen wir einen Blick zurück auf die 100-jährige Geschichte des Kiezes mit Szeneorten wie dem "Eldorado", der "Scala" oder dem "Dé-dé", die sich in den 1920er Jahren großer Beliebtheit vor allem bei LSBTI* erfreuten. Marlene Dietrich war hier ebenso gerne zu Gast wie Magnus Hirschfeld.

Über eine Stunde lang hört Franziska Giffey aufmerksam zu, fragt interessiert nach. Dann muss sie aufbrechen, zu ihrem nächsten Termin.

Am 26. September gewann die SPD die Berlin-Wahl. Am 22. Oktober begannen die Koalitionsverhandlungen mit Grünen und Linken, die Ende November abgeschlossen wurden. In dem Papier bekennen sich die Parteien u.a. zur Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt" (IGSV), die 2023 aktualisiert werden soll. Auch das Diversity-Landesprogramm für eine inklusiv aufgestellte Verwaltung in Berlin soll umgesetzt und weitere Krisenwohnungen eingerichtet werden, auch in Fällen von häuslicher Gewalt in LSBTI*-Partnerschaften.

Wenn alle drei Parteien dem Koalitionsvertrag zustimmen, soll Giffey am 21. Dezember im Abgeordnetenhaus zur ersten Regierenden Bürgermeisterin gewählt werden.



Empowerment

MANEO - KURZ GEFASST

MANEO INFORMIERT MIT NEUEM FALTBLATT



Cover des MANEO-Faltblattes "MANEO - kurz gefasst", veröffentlicht im Herbst 2021.

m Herbst haben wir unser neues Faltblatt "MANEO - kurz gefasst" veröffentlicht: wir informieren über unsere vier Arbeitsschwerpunkte, vor allem über unsere Opferhilfeangebote für Betroffene von Gewalt und Übergriffen.

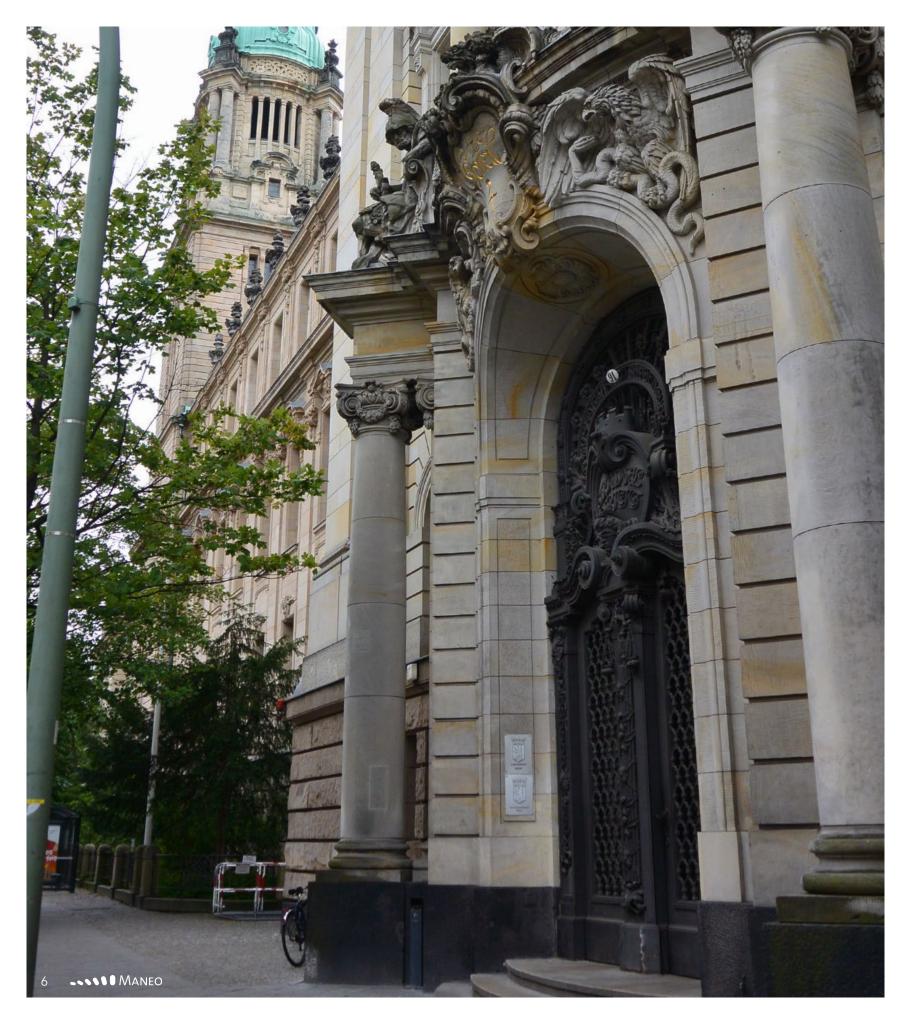
Auf insgesamt acht Seiten bieten wir Informationen über unsere Arbeitsbereiche 'Opferberatung und Opferhilfe', 'Erfassung und Dokumentation von Gewalt gegen LSBTI*, aufsuchende Gewaltpräventionsarbeit und Empowerment.

So geben wir u.a. nützliche Tipps, was in einem Fall von Gewalt zu tun ist: Dazu zählt beispielsweise, Beweismittel zu sichern und welche von Bedeutung sind. Wir empfehlen deshalb auch Betroffenen eines Angriffs, ein Gedächtnisprotokoll anzufertigen oder sich Bezugspersonen anzuvertrauen, die Hinweise festhalten können. Des Weiteren informiert MANEO, was beim Stellen einer Anzeige zu beachten ist, was im Bereich der Rechtsberatung möglich ist und wie man Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz beantragen bzw. wer

in welchen Fällen Anträge stellen kann. MANEO informiert, was im Falle einer Gerichtsverhandlung zu beachten ist, auch, dass MANEO Betroffene zu Verhandlungen begleiten kann.

Außerdem findet sich in der Broschüre eine Übersicht wichtiger Telefonnummern, angefangen von der MANEO-Opferhilfe über die Nummern des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes und des Drogen-Notdienstes bis hin zu den LSBT*-Ansprechpersonen bei Polizei und Staatsanwaltschaft.

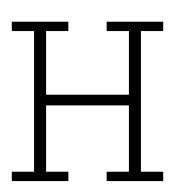
Wir haben die Broschüre zu 2500 Stück im Herbst in den LSBT*-Szeneorten der Stadt verteilt. Eine englische Übersetzung ist in Planung.





Dokumentation HOMOPHOBE STRAFTATEN

EIN FALL FÜR DIE STAATSANWALTSCHAFT



omophob motivierte Übergriffe und Straftaten gehören leider zum Berliner Alltag. Wenn Betroffene sich an die Strafverfolgungsbehörden wenden und Anzeige erstatten, wird ein Strafverfahren eingeleitet, in dessen Rahmen sich Polizei, Staatsanwaltschaft und Strafgerichte mit den Vorfällen befassen. Bei der Staatsanwaltschaft Berlin gibt es seit 2012 zwei Ansprechpersonen für LSBT*, die Fälle homophob motivierter Hassgewalt zentral bearbeiten. Hier berichten sie beispielhaft über einige Fälle, die in den vergangenen Monaten vor Berliner Strafgerichten verhandelt worden sind.

Im Juli 2019 trat ein Mann im Umfeld des CSD an ein Polizeifahrzeug heran und fragte einen der Beamten laut vernehmlich: "Kommst du mit, die scheiß Schwuchteln da hinten erschießen? Das sind keine Menschen. Die haben kein Recht zu leben. Ich gehe nach Hause, will mich kurz vorbereiten und komme dann wieder!". Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Berlin verhängte das Amtsgericht Tiergarten im August 2021 wegen Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten eine Geldstrafe in Höhe von insgesamt 600 Euro gegen den Angeklagten.

Im September 2020 riss eine Frau einen Blumenkasten von einem Balkon. Hierauf von einem Zeugen angesprochen, beschimpfte sie diesen unter anderem als "schwule Sau". Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Berlin verhängte das Amtsgericht Tiergarten im August 2021 wegen Sachbeschädigung und Beleidigung eine Geldstrafe in Höhe von insgesamt 600 Euro gegen die Angeklagte.

Vorort-Arbeit

STRASSENFEST VON NINA QUEER



Foto: Auf dem Foto (v.l.n.r.): Christian Krenitz, Polizei Berlin Abschnitt 51, Sebastian Stipp, Ansprechperson für LSBTI der Polizei Berlin, Gaël Boudjema, MANEO, Candy Spilski, MANEO, und eine Schwester der perpetuellen Indulgenz.

Durch die herzliche Einladung von Nina Queer konnten wir nach langer Zeit endlich wieder an einem Straßenfest teilnehmen. Alles lief nach strengen Hygieneregeln ab, wie auf dem Foto zu erkennen ist. Unsere Präsenz stieß auf großes Interesse. Auch die Polizei demonstrierte mit einem Info-Stand Szenenähe und Sichtbarkeit.

Wir hatten Gelegenheit, mit vielen unterschiedlichen Menschen und Familien ins Gespräch zu kommen. Wir konnten über das Thema Homophobie sensibilisieren und auf unser psychosoziales Opferhilfeangebot für Betroffene von schwulenfeindlicher Gewalt und Diskriminierung hinweisen. Wichtig war uns, Betroffenen ein deutliches Signal auszusenden, dass sie mit ihren Erlebnissen nicht allein bleiben müssen.

ANEO zeigte Präsenz beim Queer-Straßenfest, das am 7. August von Nina Queer und dem Cassiopeia auf dem RAW-Gelände in Berlin-Friedrichshain veranstaltet wurde.

STOPP HOBIE





- **▶ OPFERHILFE / VICTIM SUPPORT**
- ► MELDESTELLE / REPORTING POINT
- ► GEWALTPRÄVENTION / VIOLENCE PREVENTION
- **▶ ENGAGEMENT / EMPOWERMENT**





Gewaltprävention

VORORTARBEIT IM FRIEDRICHSHAIN FACHGESPRÄCH MIT **DER PARK- UND** KIEZMANAGERIN UND **DEN KIEZHAUSMEISTERN**

u einem Austausch trafen wir uns mit der Park- und Kiezmanagerin und den Kiezhausmeistern vor Ort im Volkspark Friedrichshain. Denn Cruising und Übergriffe gegen Cruiser sind im Volkspark immer wieder Thema.

21. September 2021 – Seit Juli dieses Jahres gibt es im Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain das Projekt der Park- und Kiezmanager*innen mit den Kiezhausmeister*innen. Bei dem Pilotprojekt geht es vor allem darum, kleine Reparaturen im öffentlichen Raum vor Ort möglichst schnell vorzunehmen und damit einen weiteren Verfall durch weitere Zerstörungen zu vermeiden. Ausgestattet mit Lastenfahrrädern kommen die Kiezhausmeister*innen im Bezirksteil und Volkspark Friedrichshain regelmäßig mit Anwohner*innen ins Gespräch. Die meisten heißen das Modellprojekt gut.

Bei unserem Fachgespräch mit den Mitarbeitenden, die für den Friedrichshainer Teil zuständig sind, ging es um die Situation am "Spanienkämpfer" im Volkspark. Direkt dahinter ist eins der beliebtesten und ältesten Cruisinggebiete Ostberlins. Bei unserem Fachaustausch ging es vor allem darum, wie ein möglichst konfliktfreies Miteinander gelingen kann und wie der Bezirk unterstützend wirken kann. Die Park- und Kiezmanagerin Schmidt erklärte unter anderem, dass es beispielsweise einen so krassen Rückschnitt der Flora wie im Cruisinggebiet des Großen Tiergartens hier nicht geben wird.

Empowerment - Regenbogenkiez

NACHTBÜRGERMEISTER REGENBOGENKIEZ VISITBERLIN ÜBERGIBT TINY-HOUSE DEM **BEZIRK TEMPELHOF-SCHÖNEBERG**

m 10.11.2021 überreichte visitBerlin, Berlins Stadtmarketingagentur, dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg den Schlüssel für das Tiny House. Der Nachtbürgermeister im Regenbogenkiez nahm für den Bezirk den Schlüssel entgegen. Damit geht nun das Tiny House, das bisher nur eine Leihgabe von visitBerlin gewesen war, offiziell in den Besitz des Bezirkes über.



Info-Punkt Regenbogenkiez







Während des Lokaltermins am Info-Punkt im Regenbogenkiez überreichten gleichzeitig Staatssekretär Christian Rickerts (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe) und Sabine Wendt (visitBerlin) Schlüssel an die Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski (Steglitz-Zehlendorf) und Michael Grunst (Lichtenberg), womit zwei weitere Tiny Houses in den Besitz der jeweiligen Bezirke übergingen. Ziel der Wirtschaftsverwaltung und von visitBerlin ist, die Bezirke in den touristischen Entwicklungen weiter zu stärken.

"Wir freuen uns, dass die erfolgreiche Arbeit des Nachtbürgermeisters und der Nachtlichter zusammen mit dem Tiny House fortgeführt werden kann. Seit fast zwei Jahren dient das Tiny House für Touristinnen und Touristen und Anwohnende als Info-Punkt zum Regenbogenkiez. Damit leisten Haus und Projekte einen wichtigen Beitrag zur touristischen Entwicklung in Einklang mit der Anwohnerschaft", so Angelika Schöttler, Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg.

MANEO und Nachtbürgermeister stellen Ihre Arbeit vor

MANEO und der Nachtbürgermeister im Regenbogenkiez haben jetzt eine Slide-Show entwickelt, um die touristische und gewaltpräventive Arbeit im Regenbogenkiez detailliert vorzustellen. Die Powerpoint-Präsentation, die als Video-Film entwickelt wurde, soll den Zuschauer und Leser durch die Arbeit des Team Nachtbürgermeister und des Info-Punktes im Regenbogenkiez führen. Sie erklärt Aufgaben und Ziele und liefert mit vielen Fotos bebilderte Ergebnisse. Sie steht online auf: www.regenbogenkiez-berlin.de.



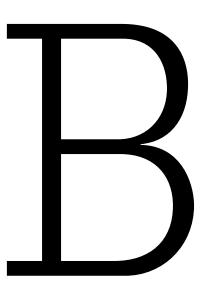




Vernetzung

MANEO WIRFT EINEN BLICK IN DIE PRAXIS DER BUNDESLÄNDER

INNENMINISTERKONFERENZ **BEFASST SICH MIT HASSKRIMINALITÄT GEGEN LSBTI***



ei der am 1. Dezember stattfindenden Innenministerkonferenz will Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) homophobe und trans*feindliche Gewalt auf die Tagesordnung bringen. Dies soll zum ersten Mal Thema bei der Konferenz sein, die es seit 1954 gibt.

"Die Sicherheitsbehörden befassen sich seit Jahren intensiv mit dem Thema Hasskriminalität. Lesben, Schwule und Trans*Menschen bleiben dabei aber oft unerwähnt, obwohl auch sie täglich Gewalt, Hass und Hetze ausgesetzt sind", so der SPD-Politiker vorab im "Spiegel".1

MANEO hat alle 15 Innenministerien angeschrieben

MANEO hat alle 15 Innenminister*innen bzw. Innensenator*innen (bis auf Berlin) angeschrieben, um zu erfahren, wie man das Problem LSBTI*-feindlicher Hassgewalt in den Bundesländern einschätzt und wie man es bekämpft. Berlin haben wir nicht abgefragt, da hier Fälle LSBTI*-feindlicher Gewalt von der Polizei erfasst und bekannt gemacht werden; zudem gibt es hier seit Jahren nicht nur LSBTI*-Ansprechpersonen bei der Polizei und Staatsanwaltschaft, sondern auch einen vorbildhaften Dialog zwischen den Anti-Gewalt-Projekten MANEO und L-Support und Strafverfolgungsbehörden.

Unsere Anfrage an die Länder haben wir am 16. November abgesendet. Keine Rückmeldung erhalten haben wir bisher aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Antworten der Länder haben wir weiter unten zusammengefasst, inklusive der Informationen über die Zahl der Vorfälle gegen LSBTI*.

Nur sehr niedrige Zahlen erfasst

Die teils sehr niedrigen Zahlen, die uns jetzt zurückgemeldet wurden, widersprechen allerdings der Studie, die die EU-Grundrechteagentur FRA zur Situation von LSBTI* im Mai 2020 vorlegte. Insgesamt nahmen daran EU-weit 139 799 Personen teil, die sich selbst als LSBTI* bezeichnen. Von den rund 1600 deutschen Teilnehmer*innen sagten 14 %, sie haben in den zurückliegenden fünf Jahren körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren. 41 % der deutschen LSBTI* gaben an, sie haben sich aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität diskriminiert gefühlt.²

"Es reicht nicht, nur Ansprechpersonen bei Polizei und/oder Staatsanwaltschaft einzurichten", erklärt MANEO-Leiter Bastian Finke. "Es braucht eine Kooperation zwischen der Polizei und zivilgesellschaftlichen Organisationen, in diesem Fall: fachspezifische qualifizierte Anti-Gewalt-Projekte, die über Fachwissen verfügen, Wissen über die Phänomenbereiche, ebenso Wissen um Stress, Ängste und Bedarfe, und die in bestehende Szenevernetzungsstrukturen eingebunden sind – und die entsprechend Opferhilfe leisten.

Dass der Bedarf deutschlandweit gegeben ist, zeigt sich daran, dass MANEO immer wieder Beratungsanfragen oder Hilfeersuchen aus anderen Bundesländern erreichen, für die unsere Kapazitäten eigentlich nicht reichen. "Aber natürlich weisen wir niemanden ab", so MANEO-Leiter Finke. So haben wir im laufenden Jahr 2021 insgesamt 26 Fälle außerhalb von Berlin verzeichnet, davon kamen 8 Fälle LSBTI*-feindlicher Gewalt aus Nordrhein-Westfalen, 2 davon kamen zur Anzeige (im Vorjahr waren es 4 Anfragen). Aus Hessen kamen 5 (Vorjahr: 1), aus Brandenburg 4 (4), aus Bayern 1 (3). Insgesamt waren in es in diesem Jahr bisher 23 Fälle (davon wurden 11 angezeigt), für 2020 haben wir 14 Fälle mit LSBTI*-feindlicher Motivation außerhalb von Berlin registriert (davon wurden 5 angezeigt).

Für MANEO ergibt sich aus den Antworten der 12 Bundesländer folgendes Fazit:

Die meist geringen Fallzahlen lassen sich u.a. auf die fehlende Ausstattung der spezifischen Anti-Gewalt-Projekte in den Bundesländern zurückführen. Dadurch, dass die Polizei über Jahrzehnte als Verfolger nach §175 aufgetreten ist, dass auch weiterhin in vielen Ländern dieser Welt LSBTI* bedroht und verfolgt werden, aus denen Menschen deshalb auch Zuflucht bei uns suchen, dass auch in europäischen Nachbarländern systematisch LSBTI* diskriminiert und gesellschaftlich ausgegrenzt werden, gibt es noch immer teils große Vorbehalte in den LSBTI*-Communities, deren Mitglieder vor einer Anzeige bei der Polizei zurückschrecken.

Leider sind noch nicht alle Behörden in der Bundesrepublik zu der Einsicht gekommen, dass es ein hohes Dunkelfeld von nicht-anzeigten Fällen von Gewalt gegen LSBTI* gibt, das aufgehellt werden muss.

Länder wie Bayern und das Saarland verfolgen den Ansatz, dass Opferschutzbeauftragte auch LSBTI* gewissermaßen miterledigen können. Das genügt jedoch nicht. Denn diesen Alibistellen fehlt schlichtweg die Zeit, um sich angemessen mit LSBTI*-spezifischen Fragen und Anliegen zu beschäftigen, sich zu vernetzen und durch proaktive, aufsuchende Vorort-Arbeit im gesamten Bundesland Vertrauen in die Polizeibehörde zu erarbeiten.

Die Einrichtung von LSBT*-Ansprechpersonen haben sich bewährt, sagen etwa die Länder Hamburg, Hessen und Schleswig-Holstein. Begründung: Das Vertrauen zwischen Polizei und LSBTI-Communities sowie die Anzeigebereitschaft seien gestiegen.

Quellenangaben

- $\textbf{1)} \ https://www.spiegel.de/politik/deutschland/berlins-innensenator-fordert-queerfeindliche-gewalt-staerker-zu-bekaempfena-0c96d5bc-521b-48e9-85d9-d1c7c1c61644$
- **2)** Quelle: https://www.lsvd.de/de/ct/3111-Diskriminierung-von-Lesben-Schwulen-bisexuellentrans-und-inter-Menschen-in-Deutschland



Foto von der per Video tagenden Bundesinnenministerkonferenz, via © Twitter Bayerisches Innenministerium.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Tede Straftat gegen LSBTI* sei "inakzeptabel", heißt es in U der Antwort aus Stuttgart. Die statistisch erfassten Fallzahlen für Baden-Württemberg bewegten sich seit Jahren zwar auf einem niedrigen Niveau. Erhebungen legen allerdings nahe, dass es im Bereich der LSBTI-feindlichen Gewalt eine

BADEN-WÜRTTEMBERG						
Jahr 2016 2017 2018 2019						
PMK gesamt	11	9	10	18		
davon Gewaltdelikte	1	-	1	1		

hohe Dunkelziffer von Übergriffen gibt, die nicht zur Anzeige gebracht werden."

Im Jahr 2020 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 746 Fälle von Hasskriminalität erfasst: Davon 45 Fälle mit dem Unterthemenfeld "Geschlecht/sexuelle Identität", mit dem Unterthemenfeld "sexuelle Orientierung" waren es 22 Fälle.

Bei den Dienststellen und Einrichtungen (DuE) der Polizei gebe es in der Regel zwei Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (AgL). Deren Funktion besitze eine breite Akzeptanz und hohes Vertrauen bei den Mitarbeiter*innen. Im Rahmen der Weiterentwicklung des Diversity Managements in der Landes-Polizei werde derzeit eine Dienstvereinbarung für den Bereich der AgL erarbeitet.

BAYERN

In der Antwort verweist man auf eine Landtagsdrucksache aus dem März 2021, die eine schriftliche Anfrage der Abgeordneten Tessa Ganserer (Grüne) beantwortet, die mittlerweile für die Grünen im Bundestag sitzt.

Die Fälle von Hasskriminalität insgesamt und der Hasskriminalität gegen LSBTI* in Bayern:

BAYERN										
Ober-/Unterthemenfeld	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Hasskriminalität	351	453	440	701	1018	1170	721	816	1016	1328
sexuelle Orientierung	13	13	23	49	32	21	22	11	29	37

Quelle: Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Tessa Ganserer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vom 16.03.2021, Zunahme von Hasskriminalität gegen LSBTIQ. In: Bayerischer Landtag, 18. Wahlperiod, Drucksache 18/15112, S.7

Spezielle Ansätze in der Gewaltprävention in Bezug auf LSB-TI* verfolgt man in Bayern nicht: "Die Präventionsansätze und Maßnahmenkonzepte bei der Bayerischen Polizei umfassten alle Bereiche der Gewaltanwendung und dienen sowohl der Prävention von Gewalt als auch der Beratung sowie Unterstützung von entsprechenden Opfern. Die Stärkung der Sicherheit von LSBTIO*-Personen leitet sich von der Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität, "insbesondere aus den Phä-

nomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität-rechts und Politisch motivierten Kriminalität-religiöse Ideologie" ab.

Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen seien bei Bayerns Polizei auch nicht vorgesehen. Vielmehr hätten die Beamt*innen "vielfältige Möglichkeiten, ihre Anliegen im Kontext "LSBTIQ* und Polizei" – auch im Hinblick auf diskriminierendes Verhalten von Kolleginnen und Kollegen – effektiv und unbürokratisch vorzubringen".

BRANDENBURG

Das Innenministerium sendet uns anstatt einer Antwort eine Pressemitteilung aus dem Juni 2021, in der bekannt gegeben wurde, dass das Polizeipräsidium des Landes einen Ansprechpartner für Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einrichtet.

Dort heißt es: "Er wird als themenbezogener Ansprechpartner des Polizeipräsidiums nach außen wirken und sich aktiv als Netzwerkpartner für staatliche, gesellschaftliche und religiöse Institutionen gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Abwerten des Religiösen, Herabsetzen sexuellen oder sozialen Andersseins, Sexismus und Etabliertenvorrechte positionieren."

Mehr zum Thema LSBTI* findet sich in der PM nicht; auch der Bitte um Informationen über die Zahl der Fälle kommt das Potsdamer Ministerium nicht nach.

Zum Hintergrund: Das Innenministerium hatte im Februar 2021 als Antwort auf Anfragen aus der Linke-Landtagsfraktion erklärt, dass sich die Zahl der Fälle von LSBT*-feindlicher Gewalt 2020 im Vergleich zum Vorjahr von acht auf 19 Vorfälle mehr als verdoppelt hat.

BREMEN

ie Polizei nahm im Jahr 2020 14 Strafanzeigen mit LSB-TI*-feindlicher Motivation. 2019 waren es 10 Strafanzeigen. "Möglicherweise liegen jedoch viele Fälle im Dunkelfeld. weil sie nicht angezeigt werden bzw. bspw. aus Scham der Bezug nicht hergestellt wird", heißt es aus dem Präsidialstab der Polizei, der unsere Anfrage beantwortet.

Das Dunkelfeld zu erhellen, ist eine der Aufgaben des Ansprechpartners für LSBTI*, den es seit 2015 gibt. Er steht mit der Hälfte seiner Dienstzeit seinen gueeren Kolleg*innen sowie der Community als Ansprechpartner zur Verfügung. Weiterhin unterstützt und berät er Opfer homophober oder trans*phober Gewalt.

Die Vorbehalte der Community zur Anzeigenerstattung sind bundesweit groß, sodass von einem hohen Dunkelfeld ausgegangen wird, heißt es in der Antwort weiter: Viele wagen aus Angst vor Repressalien und zum Schutz ihrer Identität nicht den Weg zur Polizei oder in die Öffentlichkeit. Der Ansprechpartner hilft Hemmschwellen abzubauen und stärkt gegenseitiges Verständnis. 2019 wurde besonders die Netzwerkarbeit mit diversen Hilfsorganisationen verstärkt und die Öffentlichkeitsarbeit vorangetrieben. Opferbegleitung und Opfernachsorge fand in mehreren Fällen statt und wird weiter fortgeführt

HAMBURG

ie Behörde des Innensenators schickt uns eine Übersicht der polizeilich bekanntgewordenen Straftaten LSBTI*-feindlicher Hasskriminalität, inklusive der bisherigen Zahlen des laufenden Jahres: Hier wurde 2021 schon Mitte November ein neuer Höchststand erreicht. Die Behörde verweist darauf, dass die Zahlen für 2021 noch vorläufig seien und noch nicht mit dem Bundeskriminalamt abgestimmt.

HAMBURG							
Jahr	2017	2018	2019	2020	2021*		
Gesamtzahl der Straftaten	8	13	36	30	39		

^{*} Stand 19. November 2021

Ansprechpartner*innen für LSBTI* gibt es hier schon seit 1996, anfangs waren es bis zu vier Polizeibeamt*innen im Nebenamt mit einem Stundenanteil von 25% ausgeführt. Da die Ausübung der Funktion im Nebenamt mit diversen dienstlichen. organisatorischen und fürsorgerischen Problemen verbunden war, hat die Polizei Hamburg im Jahr 2016 entschieden, zwei hauptamtliche Stellen "Ansprechpersonen der Polizei Hamburg für LSBTI*" einzurichten. Organisatorisch angebunden sind diese beim LKA Hamburg.

Gesamtpolizeiliches Ziel sei "die Aufhellung des sog. Dunkelfeldes im Bereich der homo- oder transphob-motivierten Straftaten". Durch die Einrichtung der Ansprechpersonen für LSBTI* konnte im Bereich der LSBTI*-Community Vertrauen aufgebaut werden. Es finde mittlerweile ein regelmäßiger Austausch mit Vereinen, Verbänden und Institutionen statt. Die Polizei Hamburg zieht ein positives Fazit zu der Einrichtung der Ansprechpersonen für LSBTI*, teilte man uns noch mit.

HESSEN

In den vergangenen 5 Jahren wurden in Hessen Fallzahlen mit den Erhebungsparametern "Sexuelle Orientierung" und "Hasskriminalität" sowie ab 2020 ergänzend mit "Geschlecht / Sexuelle Identität" registriert.

HESSEN						
"Sexuelle Orientierung" und " Hasskriminalität", ab 2020 ergänzend mit "Geschlecht / Sexuelle Identität"						
Jahr	2016 2017 2018 2019 2020					
Anzahl der Fälle	5	15	7	1	23	

"In Hessen können die Polizeibehörden für ihren Zuständigkeitsbereich grundsätzlich zwei Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (AgL) bestellen", teilt man uns mit. Derzeit gebe es 13 AgL, verteilt auf alle Polizeipräsidien und den polizeilichen Zentralstellen (u. a. LKA) verteilen.

Sie führen die Tätigkeit während ihrer Dienstzeit im Nebenamt aus. Die Einrichtung dieser Funktion "habe sich seit dieser Zeit bewährt und durch die Einführungen der AgL etabliert".

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Hier wurde für 2019 und 2020 "eine geringe Anzahl von Straftaten registriert":

MECKLENBURG-VORPOMMERN					
Jahr 2019 2020					
Anzahl der Fälle	8	1			

Fazit aus Schwerin: "Ein Schwerpunkt für derartige Straftaten ist nicht erkennbar." Dennoch seien die entwickelten

Konzepte und Maßnahmen, mit denen Vorurteile gegenüber LSBTI* abgebaut werden sollen, immer wieder zu prüfen und weiterzuentwickeln. Des Weiteren verweist man auf den Landesaktionsplan "Vielfalt".

Derzeit sei jeweils nebenamtlich eine Ansprechperson für Opfer von homo- und trans*phober Gewalt direkt in den Führungsstäben der Polizeipräsidien Rostock und Neubrandenburg organisiert. Zudem habe man in den Polizeinspektionen nebenamtlich tätige Opferschutzbeauftragte benannt und diese auch für LSBTI*-Interessen als Ansprechpersonen für die LSBTI*-Gemeinschaft geschult und sensibilisiert.



Foto von der per Video tagenden Bundesinnenministerkonferenz. Im Foto: Berlins Innensenator Andreas Geisel. © Twitter/Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport.

RHEINLAND-PFALZ

Diese Zahlen der ermittelten Straftaten hat man registriert:

RHEINLAND-PFALZ						
Jahr 2018 2019 2020						
sex. Orientierung	5	12	8			
Geschlecht/sex. Identität	0	0	2			

Die landesweite Ansprechstelle AS LSBT der Polizei Rheinland-Pfalz steht "für polizeibezogene Anliegen und Fragen queerer Menschen zur Verfügung". heisst es. Die landesweite Ansprechstelle werde im Nebenamt ausgeübt. Dafür werde die Inhaberin mit bis zu 25 Prozent der regelmäßigen Arbeitszeit von den Aufgaben im Hauptamt freigestellt. Die Behörden haben außerdem regionale Ansprechpersonen eingesetzt.

Bei den Staatsanwaltschaften wurde bisher davon abgesehen, gesonderte Ansprechpartner*innen für spezifische LSBTI*-Belange zu etablieren. Darüber hinaus verweist man darauf, dass man den im Jahr 2013 erstellten Landesaktionsplan "Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen" kontinuierlich fortentwickelt.

SAARLAND

Diese Fallzahlen von "Hasskriminalität/Straftaten gegen die sexuelle Orientierung" werden uns übermittelt:

SAARLAND							
"Hasskriminalität/Straftaten gegen die sexuelle Orientierung":							
Jahr	Jahr 2018 2019 2020						
Hasskriminalität/ Straftaten gegen die sexuelle Orientierung	4	4	4				

Spezielle Maßnahmen in Bezug auf LSBTI* wurden hier nicht ergriffen. In der Antwort heißt es, das Landespolizeipräsidium (LPP) setze den Opferschutz "in den operativen Dienststellen (Polizeiinspektionen und operative Dienststellen der Direktion LPP 1 – Gefahrenabwehr/Einsatz sowie der Direktion LPP 2 – Kriminalitätsbekämpfung/ Landeskriminalamt) durch Benennung von Opferschutzverantwortlichen und einer Opferschutzbeauftragten" um.

Diese stünden "allen Opfern von Straftaten und Verkehrsunfällen gleichermaßen als qualifizierte Ansprechpartner zur Verfügung". Man habe keine "speziellen (hauptamtlichen) Ansprechpartnerinnen bzw. -partner für Opfer in "LSBTI-Fällen benannt und es bestehen auch keine Überlegungen, Ansprechpartnerinnen bzw. -partner für spezielle Opfergruppen zu benennen." Die geringen Fallzahlen der zurückliegenden Jahre und die erwarteten Fälle im Bereich LSBTI rechtfertigten diese Spezialisierung bzw. Zentralisierung nicht, heißt es aus Saarbrücken.

SACHSEN

Im Freistaat stellt man fest, dass das Fallaufkommen "Politisch motivierte Kriminalität (PMK) LSBTI*" in den letzten fünf Jahren ansteigt. Den Anstieg der Zahlen im Zeitraum 2020/21, erklärt man damit, dass beim Themenfeld Hasskriminalität seit 2020 "Geschlecht/sexuelle Identität" als eigene Kategorie spezifisch erfasst. (Diese Neuerung gilt für alle Bundesländer.)

In Umsetzung der im Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen festgelegten Maßnahmen für die Polizei wurde zum 1. August 2019 eine Zentrale Ansprechstelle für LSBTI* beim Landeskriminalamt eingerichtet und zwar im Nebenamt. Sie koordiniert die polizeilichen Ansprechpartner für LSBTI*. Das sind in den Polizeidirektionen die Opferschutzbeauftragten, die unter anderem bei der Vermittlung an oder von Opferhilfeeinrichtungen unterstützen.

SACHSEN							
Themenfeld/Jahr	2017	2018	2019	2020	2021*		
PMK Gesamt	3.259	3.461	4.350	4.056	ca. 2.000		
Hasskriminalität (Sexuelle Orientierung)	5 (0)	7 (1)	9 (1)	10 (3)	7 (0)		
Hasskriminalität (Geschlecht/ Sexuelle Identität)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	6 (1)	12 (2)		

Angaben in Klammern: Anteil Gewaltdelikte *Stand: 24.08.2021

SACHSEN-ANHALT

Tm Jahr 2020 wurden 2 Straftaten im Themenfeld "Geschlecht/ ▲ Sexuelle Identität" und 12 gegen die sexuelle Orientierung registriert. Das Dunkelfeld dürfte deutlich größer sein, räumt man in Magdeburg ein.

Seit 2010 gibt es hier sieben nebenamtliche Ansprechpartner*innen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen (AgL) in den Polizeibehörden und in der Fachhochschule Polizei des Landes Sachsen-Anhalt. Mit der Einsetzung einer hauptamtlichen Ansprechperson (AP) für LSBTI* in landesweiter Zuständigkeit hat man im Jahr 2020 auf Bedarfe reagiert und eine Forderung aus dem geltenden Koalitionsvertrag umgesetzt.

Mit dem Netzwerk aus AP und den AgL habe man die Möglichkeit geschaffen, dauerhaft landesweit für LSBTI*-Themen zu sensibilisieren und entsprechende Problemfelder zu bearbeiten. Dies gehe mit einem "gesteigerten Bedarf an interner polizeilicher Kommunikation und themenspezifischer Begleitung" einher. Die bisher gemachten Erfahrungen bewertet man positiv.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Chleswig-Holstein verweist in seiner Antwort zunächst auf die Studie "Echte Vielfalt" aus dem November 2019. Demnach haben 16 % - also jede*r sechste LSBTIQ*-Befragte - nach eigenen Angaben innerhalb der vergangenen fünf Jahre psychische, körperliche oder sexuelle Gewalt oder eine andere Straftat aufgrund der eigenen sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität erfahren. Lediglich 26% der Betroffenen hätten Polizei bzw. Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Das sind die Fallzahlen von LSBT*-feindlicher Gewalt:

SCHLESWIG-HOLSTEIN						
Jahr 2018 2019 2020						
Anzahl der Fälle	2	20	15			

Nach Einrichtung der Ansprechstelle LSBTI* im Jahr 2018 in der Landespolizei SH wurde nach Evaluierung (2020) eine Stelle im Hauptamt eingerichtet, die zukünftig auch durch "Nebenamtler" in den Polizeidirektionen unterstützt werde Diese hauptamtliche Stelle wurde zu Beginn 2021 besetzt. In Schleswig-Holstein habe sich gezeigt, dass sich seit Bestehen der Ansprechstelle die Zahl der erfassten Fälle deutlich erhöht hat. Diese Stellen seien "nach hiesiger Erfahrung geeignete Kontakt- und Netzwerkpartner, um eine Dunkelfelderhellung zu betreiben".

Bei den örtlichen Staatsanwaltschaften des Landes bestehen keine Ansprechpersonen speziell für Hasskriminalität gegen LSBTI*-Personen. Dezernent*innen der örtlichen Staatsanwaltschaften seien aber bezüglich Gewalt gegen LSBTI* sensibilisiert. "Da vor diesem Hintergrund die Grundlagen für eine effektive Verfolgung von Straftaten gegen LSBTI*-Personen bereits bestehen, existieren keine Planungen für die zusätzliche Bestimmung von speziellen Ansprechpersonen.





MANEO TEESTUBE

هل أنت جديد في برلين ؟ Du bist neu in Berlin? Du bist وأخيراً وجدت ملجاً أمناً في ألمانيا ?Deutschland geflüchtet هَلْ أَنتُ مَثَلَيْ أَو مزدوج الميل الجنسي ؟



informieren uns. Wir bieten einen geschützten

Kontakt: Tel. 0173 29 26 412 | Email: refugee@maneo.center | Home: www.maneo.de

IMPRESSUM:
MANEO - Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin
Ein Projekt von Mann-O-Meter e.V. | Bülowstraße 106, 10783 Berlin
Hotline: 030-2163336 | Email: maneo@maneo.de | Online: www.maneo.de

Mann-O-Meter e.V. | IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00 BIC: BFSWDE33BER (Bank für Sozialwirtschaft) | Zweck: Opferhilfe. Spenden sind steuerabzugsfähig. Für die Erstellung einer Spendenbescheinigung bitten wir um eine Benachrichtigung.

MANEO WIRD FINANZIELL
GEFÖRDERT VON:

Sendersoften
GLANG, George and grands.
GLANG, G











Vernetzung GEFLÜCHTETENARBEIT MANEO-TEESTUBE MOABIT

eit 2016 bietet MANEO verstärkt schwulen und bisexuellen Geflüchteten, die in Berlin Opfer von Gewalt und Übergriffen geworden sind, Beratung und Unterstützung an. Seine Angebote verbindet MANEO mit Vernetzung und Empowerment. Dazu hat MANEO Informationen in verschiedene Sprachen übersetzt, um Betroffenen eine erste Orientierungshilfe anzubieten. Mit der Teestube bietet MANEO darüber hinaus einen sicheren Ort (Safe Space), um miteinander ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen.

Menschen werden durch Krieg, Verfolgung und Gewalt gezwungen ihre Heimat zu verlassen, weshalb sie Schutz unter anderem in Deutschland suchen. Zu ihnen zählen ebenso LSBTI* als besonders schutzbedürftige Gruppe. Erschwerend kommt für sie hinzu, dass sie auch hier in Deutschland ihre Identität in Unterkünften aus Angst vor Diskriminierungen und Übergriffen verheimlichen müssen. Hinzu kommt, dass sie auch hierzulande erneut mit Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt auf der Straße rechnen müssen.

Mit unserer Teestube bieten wir Geflüchteten Gelegenheit, über Alltagserfahrungen in Berlin zu sprechen und sich zu bestärken, indem beispielsweise positive Erfahrungen und Kontakte geteilt werden, ebenso Informationen und Hilfen. Wir bieten ein abwechslungsreiches Programm an, dass unter anderem daraus besteht, dass wir zusammen kochen, Informationsveranstaltungen durchführen, Angebote aus der Szene vorstellen (z.B. informieren wir uns über Sport, Kultur, Freizeit), zusammen Filme angucken, Szeneorte und Kulturveranstaltungen in Berlin besuchen und interessante Orte besuchen. Wir wollen gemeinsam über Themen sprechen, die für schwule und bisexuelle Männer relevant sind, auch über Wünsche, Interesse, Bedürfnissen und über Sorgen und Ängste. Dazu gehört, dass wir auf Gefahren und Risiken hinweisen, die wir im Nachtleben, beim Dating oder beim Besuch von Szeneorten erleben können. Indem wir über diese Themen offen und in einem geschützten Rahmen reden, wollen wir das Selbstvertrauen der Teilnehmer stärken.

Unsere konkrete Hilfe für Betroffene von Gewalt verbindet sich mit dem Ansatz, Menschen zu bestärken und zu empowern. Wir haben eine Teestube, die sich bei MANEO am Nollendorfplatz trifft, wo sich in erster Linie russischsprachige Geflüchtete treffen. Eine neue MANEO-Teestube organisiert wird seit kurzem in Moabit, hier mit Unterstützung unseres Kooperationspartners der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, über die wir gezielt Menschen auf Arabisch und Farsi ansprechen.

Die Teestube wird von einem hauptamtlichen Mitarbeiter organisiert und angeleitet. Um mit uns Kontakt aufzunehmen, können uns Interessierte eine Mail schicken oder anrufen. In der Regel führen wir ein erstes Kennenlern-Gespräch mit Interessierten durch, um ihnen die Grundsätze der Teestube zu erläutern. Diese orientieren sich vor allem an respektvollem Umgang, Gewaltfreiheit, Achtung der Menschenwürde, Wertschätzung und gegenseitige Rücksichtnahme. Die neue Teestube trifft sich einmal in der Woche für zwei Stunden. Wir treffen uns entweder in den Räumen unseres Kooperationspartners oder bei schönem Wetter auch draußen, z. B. wenn wir einen gemeinsamen Ausflug unternehmen.

Kontakt: Tel. 0173 29 26 412 Email: refugee@maneo.center Home: **a** www.maneo.de



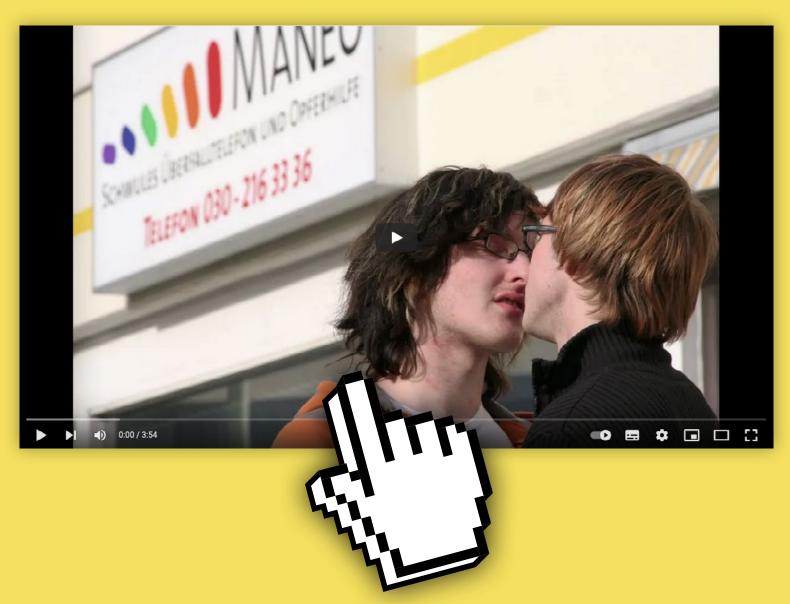




Leroy Leone



Désirée Nick



Zum abspielen bitte klicken. (Film öffnet sich im Browser)

Empowerment

MANEO AUFYOUTUBE

NEUER FILM ZEIGT DIE ARBEIT VON MANEO

n einem 4-minütigen Film präsentiert MANEO seine vielfältigen Aufgabenbereiche, nämlich: qualifizierte Opferhilfe, Meldestelle & Erfassung von Gewalttaten gegen LGBTIQ, Gewaltprävention & Gewaltschutz sowie Empowerment. Der Film steht online bei Youtube.

MANEO ist das älteste und bekannteste Projekt seiner Art in Deutschland - teilgefördert von der Berliner Senatsverwaltung. Die Arbeit leisten feste und ehrenamtlichen Mitarbeiter – seit Herbst 2021 in neuen Räumen am Nollendorfplatz. Aber was macht eigentlich die Arbeit von MANEO aus?

In dem 4-minütigen Film werfen wir einen Blick auf unterschiedliche Initiativen von MANEO wie etwa die regenbogenfarbene Kuppelbeleuchtung am U-Bahnhof Nollendorfplatz und die Gründung des lesbisch-schwulen Stadtfestes Anfang der 90er Jahre. Wir würdigen die Zusammenarbeit mit unseren vielen Partner*innen wie etwa dem Fußball-Club Hertha BSC. Außerdem stellen wir die erfolgreiche Arbeit des Teams Nachtbürgermeister vor, das seit bald zwei Jahren am Infopunkt im Tiny House in der Eisenacher Ecke Fuggerstraße im Einsatz ist.

Auch unsere Botschafter*innen und Unterstützer*innen Maren Kroymann, Désirée Nick und Leroy Leone kommen in dem Film zu Wort. Kroymann erklärt: "MANEO unterstützt, berät und betreut die Opfer von LSBTI*-feindlicher Gewalt und macht auch Präventionsarbeit, was ich sehr wichtig finde." Und Nick macht in einer leidenschaftlichen Rede klar: "Homophobie ist keine Meinung, Homophobie ist ein Delikt!"

Der Clip mit dem Titel "Gegen Hass und Gewalt: Über die Arbeit von MANEO in Berlin" liegt in deutscher und in englischer Sprache vor und kann bei YouTube abgerufen werden.1 MANEO braucht Spenden

ENGAGEMENT BRAUCHT UNTERSTÜTZUNG.



Mann-O-Meter e.V. | Bank für Sozialwirtschaft | BIC: BFSWDE33BER | IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00. Über jede Spende wird eine Spendenquittung ausgestellt. Bitte teilen Sie uns dazu Ihre Adresse mit. Die Spende kommt ausschließlich den o.g. Zwecken des gemeinnützigen Vereins zu Gute.

IMPRESSUM

MANEO - DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN

Ein eigenständiges Projekt von *Mann-O-Meter e.V. //* Bülowstraße 106, 10783 Berlin Hotline: 030-2163336 // Email: maneo@maneo.de // Online: www.maneo.de

SPENDENKONTO:

Mann-O-Meter e.V. // IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00 // BIC: BFSWDE33BER (Bank für Sozialwirtschaft) // Zweck: Opferhilfe. // Spenden sind steuerabzugsfähig. Für die Erstellung einer Spendenbescheinigung bitten wir um eine Benachrichtigung.

ERMÖGLICHT DURCH MITTEL DER LOTTO-STIFTUNG BERLIN.



Schwules Überfalltelefon und Opfachile